

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



ZAD PARTOUT!

Die Geschichte eines Kampfes gegen Verdrängung, Zerstörung der Natur und Kapitalinteressen und für ein solidarisches Miteinander, ökologisch-bewusstes Handeln und Kollektivität.



Das La ZAD¹ ist heute ein von Menschen verschiedenster Gesinnung besetztes Gebiet, ca. 2000 Hektar groß, in der Gemeinde Notre-Dame-de-Landes, etwa 30 km nördlich von Nantes. Mittlerweile beherbergt das Gebiet 60 Wohnorte und hunderte von Hektar bewirtschaftetes Land. Es existiert eine selbstverwaltete und autonome, lokale Ökonomie, die hunderte Menschen vereint, auch wenn ihre politischen Ideen unterschiedlich sind.

Das Land wurde dem französischen Staat und Europas größtem Baukonzern AGOVINCI abgerungen, welcher in einer einzigartigen Landschaft - den Bocages² - einen Flughafen errichten möchte und

¹ ZAD = Zone à défendre – zu verteidigende Zone (andere Übersetzungen Zone der definitiven Autonomie... etc.)

² Durch viele Hecken und Bäume unterteiltes Kulturland mit vielen Feuchtwiesen

damit ca. 2000 Hektar Agrarland, unzählige Dörfer, Bauernhöfe und eine enorme Artenvielfalt zerstören würde. Es sei erwähnt: die Stadt Nantes besitzt schon einen Flughafen im Süden der Stadt, dessen Vergrößerung und Erweiterung einen Bruchteil dessen kosten würde, was für den neuen benötigt wird.

Widerstand seit den 60er-/70er-Jahren

1960 entstand das Bauprojekt des Flughafens in Notre-Dame-de-Landes und stieß im Grunde sofort auf den Widerstand der ansässigen Bauern und Bäuerinnen, die dafür enteignet und vertrieben werden sollten. Dem Staat und den Baubehörden schwebte eine entvölkerte Zone vor, in der mensch jederzeit zu bauen beginnen

(weiter auf Seite 2)

Mai/Juni 2016

Nr. 42, 7. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Brennende Strassen 4

Die „Krawalle“ um die Reitschule waren nur eines von vielen Kapiteln über Gewalt und Repression.

Wofür wir kämpfen 6

Utopien sind stets aus einer heutigen Sichtweise geformt. Was die Zukunft dann wirklich bringt, ist ungewiss.

Die Nähe, die wir suchen 8

Föderationen als Mittel gegen Grabenkämpfe und Spaltungen.

Opening Pandoras Box 10

An update on the situation on Repression in Spain

Dada et l'État fouineur 14

Rubriken

Kultur 15
Rechtliches 16

Etwas fehlt in dieser Ausgabe: Es ist 1. Mai und wir haben keinen Artikel zum Fest drin – auch keinen der die Feiernden kritisiert. Damit brechen wir zwar eine lange Tradition, wir denken aber, dass Du, unser_e liebe_r Leser_in darüber hinweg kommen wirst. Andere Traditionen setzen wir selbstverständlich fort, zum Beispiel die der fremdsprachigen Artikel, in dieser Ausgabe sogar zwei. Neben dem schon gewohnten auf Englisch findet ihr auch einen auf Französisch.

Wisst ihr noch was die *Operation Pandora* war? Und wo? In unseren Medien ist diese Sache kaum aufgetaucht. Mit einer Verhaftungs- und Prozesswelle gegen Anarchist_innen und imaginäre anarchistische Gruppen, beschafften sich der juristische Apparat und diverse Sondereinheiten in Spanien auch weiterhin ein Aufgabefeld.

Wir haben natürlich auch wieder einen Lokalteil, der einmal mehr von den Ereignissen um die Reitschule handelt, Seid versichert, der Artikel ist neu geschrieben und behandelt unter anderem auch die Spirale die sich spannt, wenn nach *Absoluter Sicherheit* gesucht wird. Dass das zu Absolutismus und Null Sicherheit führt ist schon lange bekannt. Leider heben die potentiellen Sparmöglichkeiten in der politischen Rechnung die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen nicht ganz auf.

Anstatt hier alle weiteren Artikel aufzuführen, die wir zum Orwell'schen Dadaismus der Nationalbibliothek, zu organisatorischen Themen oder in den Kurznachrichten haben, möchte ich lieber auf die baldige Veranstaltung der *anarchistischen Büchermesse* hinweisen, die vom

6. bis 8. Mai

in Bern in der Brühlplatz-Mensa (im Länggassquartier) stattfindet. Es sind diverse Verlage und Kollektive mit ihren Büchern hier und verschiedene skandinavische Aktivist_innen, die über ihre Bewegungen berichten. Infos zum Programm findet ihr auf www.buechermesse.ch. Du findest uns am Büchertisch der FAU, für einen Plausch oder um den Artikel zu diskutieren, den Du für die nächste *di schwarzi chatz* verfasst hast.

Eure FAUistas

könnte. Die Bauernorganisation ADECA (Vereinigung zur Verteidigung der vom Flughafen betroffenen Landwirt_innen) kämpfte von Beginn an gegen die Leerung des Landes und dafür, dass die Bewirtschaftung weitergeführt werden konnte. Aus der *Zone à démolition*³ wurde die *Zone d'aménagement différencié*⁴ von 1650 Hektar geschaffen, die dann aber in den 1980er Jahren überflüssig wurde, da das Projekt



eingestellt wurde.

Jahr 2000 – Das Projekt ist wieder da und auch der Widerstand

Im Jahr 2000 wurde das Projekt wieder aus den Schubladen geholt und unmittelbar darauf gründete sich die ACIPA (Interkommunale Bürger_innenvereinigung der vom Flughafen betroffenen Bevölkerung), die bis heute eine sehr wichtige Kraft im Widerstand ist. Die ACIPA führte jede Menge akribisch erarbeitete Gegengutachten und Informationskampagnen durch, um über das Projekt aufzuklären und die Meinungshegemonie der am Bau beteiligten Konzerne und Behörden zu durchbrechen. 2004 gründete sich dann durch diese Vorarbeit und Mobilisierungstätigkeit die *Koordination der Gegner_innen des Flughafenprojekts von Notre-Dame-de-Landes*, die heute aus über 50 Vereinen, politischen Gruppierungen und Gewerk-

schaften besteht. Beide Gruppen legen regelmäßig Rekurse ein und nehmen aktiv an öffentlichen Diskussionen und Befragungen teil. Trotz des Widerstands der lokalen Bevölkerung und einem breiten Bündnis aus verschiedensten Organisationen, wurde das Projekt im Februar 2008 vom französischen Staat zu einem Bauprojekt von öffentlichem Interesse erklärt.

Besetzt das Gebiet! VINCI DÉGAGE!

Danach begann eine neue Stufe der Auseinandersetzung, die während des *internationalen-Klima-Aktionscamps* 2009 das Fundament legte. Seit diesem Camp bringen sich vermehrt radikal-ökologische und antikapitalistische Kreise in den Kampf ein, die einem Aufruf einer Gruppe von Anwohner_innen gefolgt sind. Diese wollten weitergehen, als die ACIPA mit ihren legalen Wegen. Die „Bewohner_innen im Widerstand“ riefen auf die „ZAD zu besetzen“. Es wurde ein leerstehender Bauernhof nach dem anderen besetzt und wiederbelebt. Wieder andere bauten Hütten überall im Gebiet. Die neuen Besetzer_innen schlossen sich dem Kollektiv des 2007 als erstes im Gebiet eröffneten Squat *Rosiers* an. Seitdem wächst die Anzahl der Bewohner_innen stetig an und die kulturellen und landwirtschaftlichen Aktivitäten nehmen zu.

Das Land den Bäuer_innen und nichts den Konzernen!

Im Mai 2011 zogen tausende Menschen mit Heugabeln durch die Zone und besetzten eine Ackerfläche und bereiteten diese für den Gartenbau für das Gemüsebauprojekt *Sabot* vor. In diesem Jahr ging der Bauauftrag an den schon durch Menschenrechtsverletzungen und Korruption bekannt gewordenen multinationalen Baukonzern VINCI. Durch die andauernde Präsenz von Besetzer_innen und Aktivist_innen nahmen die Widerstandsaktionen zu, und vermehrt wurden Sabotageaktionen gegen kooperierende Unternehmen durchgeführt. Im Frühling 2012 wurden eine ganze Reihe von Prozessen gegen Besetzer_innen und ihre Unterkünfte geführt. Die Besetzer_innen und Bäuer_innen wurden massiv unter Druck gesetzt, es kam zu Enteignungen und Kaufangebote wurden unterbreitet.

³ Gebiet das umziehen muss

⁴ Zeitlich verzögerte Bauzone

Einige am Widerstand Beteiligte knickten ein und verkauften oder gaben auf. Doch am 24. März 2012 zogen 10.000 Menschen und 200 Traktoren durch Nantes und lassen Erde aus der ZAD in der Stadt. Ein paar Wochen später beginnen Flughafengegner_innen einen Hungerstreik, den sie bis zur Präsidentschaftswahl durchhielten. So erreichten sie, dass die Regierung versprach, die legalen Bewohner_innen und Bäuer_innen nicht zu räumen, bevor die Gerichtsverhandlungen abgeschlossen sind.

Cäsar kam, sah und verlor!

Im Oktober/November 2012 spitzte sich die Lage schnell zu, denn der französische Staat, die Stadt Nantes und VINCI hatten beschlossen das Gebiet zu räumen.

Am 16. Oktober 2012 begann die Polizeioperation *Operation Cäsar*.

Während mehrerer Wochen waren 200 Polizist_innen und Spezialeinsatzkräfte mit der Räumung beschäftigt. Es wurden zehn besetzte Häuser und Hütten zerstört, wobei die Besetzer_innen erbitterten Widerstand leisteten und sich auf dem Gelände aufhielten. In ganz Frankreich begann eine Solidaritätswelle. Es wurden über 200 Unterstützungskomitees gegründet und am 17. November zog eine Demonstration zur Wiederbesetzung (Operation Asterix) mit 40.000 Teilnehmer_innen ins Gebiet. Sie errichtete innerhalb von zwei Tagen neue Hütten für den Widerstand: die sogenannte *Chat-teigne*⁵. Am 23. und 24. November startete die Polizei einen Eroberungsversuch der *Chat-teigne* und versuchte Hütten zu räumen. Daraufhin wurden alle großen Straßen blockiert und tausende Menschen kämpften gegen die Polizei, im Rohanne-Wald und in den Straßen Nantes. Am 17. November erklärte die Regierung die Operation für beendet und kündigte eine Dialog-Kommission an. Am darauf folgenden Tag zogen Bauern eine Reihe zusammen geketteter Traktoren um die *Chat-teigne* und drohten mit Blockaden von Nantes, falls die Polizei die Traktoren anfassen würde. Gleichzeitig besetzte die Polizei alle Kreuzungen der ZAD, an denen sie die nächsten fünf Monate bleiben würden, um den Verkehr in die ZAD und aus der ZAD heraus zu kontrollieren.

⁵ Wortspiel aus Katze (chat) und sich sträubt (teigne), also „Die sich sträubende Katze“ und dem Kastanienbaum (Chataigne).

Es liessen sich aufs Neue viele Menschen in der ZAD nieder.

Sème ta ZAD! Sæ dein ZAD! Der Widerstand schlägt Wurzeln.

Im Januar 2013 besetzte die Gruppe *CO-PAIN* (Bäuer_Innenorganisation zur Unterstützung der Landwirtschaftlichen Besetzungen) den Hof *Bellevue* und die umliegenden Felder. Im April verkündete die „Dialog-Kommission“ zu niemandes Überraschung, dass der Flughafen nnn gebaut werden könne. Zwei Tage später zieht die Polizei ihre Besetzung der Kreuzungen ab, da diese finanziell und für die Öffentlichkeit nicht mehr tragbar sei.



Die Kampagne *Sème ta ZAD* (*Sæ dein ZAD*) wird geboren und lanciert ein Dutzend neuer Landwirtschaftsprojekte im Gebiet. Es folgen Konzerte, Picknicks und große Menschenketten.

Die Ohnmacht der Behörden, der Präfektur und VINCI wurden gut sichtbar, denn richterliche Entscheide wurden systematisch ignoriert und Bauarbeiten überall, wo es nur ging sabotiert.

Im Winter 2014/2015 unternahmen die Behörden einen erneuten Versuch und wollten die im Gebiet lebenden geschützten Arten umsiedeln und mit dem Bau beginnen, was Rodungen usw. zur Folge gehabt hätte. Am 22. Februar 2015 zogen erneut 60'000 Menschen und 500 Traktoren durch Nantes und lieferte sich unzählige Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den Zugang zum Stadtzentrum versperrte.

Es wurden zahlreiche Unternehmen mit Farbe und Steinen angegriffen und Büros und Baumaschinen zerstört. Die Medien hetzten gegen die Bewegung und ihre „Ge-

walt“, doch die Bewegung bewies Zusammenhalt und niemand distanzierte sich von den Angriffen. Die Regierung zog sich ein weiteres Mal aufgrund des Widerstands zurück und verschob den Baubeginn erneut.

In der Zwischenzeit entstanden in ganz Frankreich Besetzungen, die sich am Beispiel Notre-Dame-de-Landes orientierten, so gegen die LEO⁶ in Avignon, gegen den Barrage de Siviens⁷ im Tested, gegen ein Center-Parks-Projekt⁸ im Roybon, ein Ökovierteil⁹ in Dijon, gegen den Bau eines großen Einkaufszentrums bei Agen usw.

Während der Wiederbesetzungsdemonstration des Tals im ZAD de Tested 40 km nördlich von Toulouse vom 13.11.2014 wurde

der 21-jährige Student und Naturschützer Rémi Fraisse von der Polizei getötet. Die Polizei weiß sofort, wie später herauskommt, dass Rémi durch Polizisten getötet wurde. Sie versuchte es jedoch, wie erwartet, zu vertuschen und noch bevor Rémis Identität und die Autopsieberichte vorlagen, ihn als *Casseur*¹⁰ zu brandmarken und somit ihren Mord zu relativieren. Rémi wurde durch eine Offensivgranate

(weiter auf Seite 4)

⁶ Autobahnumgehung südlich von Avignon (zerstört eine uralte Agrarlandschaft an den Ufern der Durance).

⁷ Staudammprojekt welches ein ganzes Tal zerstören wird und nur wenigen Großbauern und der Agrarindustrie vorbehalten ist.

⁸ Künstlich angelegter „Natur-Ferienpark“ für die Mittelschicht von Paris.

⁹ „Ökovierteil“ welches eine ca. 10 Hektar große Gartenfläche und mehrere Besetzungen und Wohnhäuser zerstören wird, um der Öko-Mittelschicht Wohnraum zu bieten. Als vorangegangenes Projekt war ein TGV-Bahnhof gedacht.

¹⁰ Chaos, Randalierer, Krawalltourist, Person die auf Demonstrationen fährt, um alles zu zerstören.

der Polizei getötet, die in Kopfhöhe geworfen wurde und direkt hinter seinem Kopf explodierte.

Daraufhin kam es in ganz Frankreich zu Demonstrationen und Straßenschlachten. Es wird auf die Polizeigewalt der letzten Jahre reagiert, bei der zahllose Menschen schwer verletzt wurden, nur um Konzern- und Machtinteressen durchzusetzen. Die Polizei reagierte unheimlich repressiv – zahllose Demonstrationen werden von Beginn an im Tränengas erstickt und Schlägertrupps der Polizei in Zivil mischen sich unter die Demonstrationsteilnehmer_innen, verhaften, verprügeln und entglasen vermurmt kleine Gewerbetreibendenläden, um die Anwohner_innen gegen die Demonstrationen aufzubringen (im Laufe der Demonstrationen wurden einige Zivilpolizisten in flagranti dabei enttarnt). Im ZAD de Tested arbeiteten Spezialeinheiten der Polizei (CRS, Garde mobile) eng mit faschistischen Schlägertrupps zusammen, die auf eigene Faust Straßenkontrollen durchführten, Menschen bedrohten oder bewaffnet angegriffen. Es kam zu mehreren Schwerverletzten und diverse Autos, Rucksäcke, Zelte usw. wurden durch rechte Schläger verbrannt.

ZAD partout! Überall ein ZAD!

Durch den Mechanismus des Kapitalismus, sich Raum anzueignen und ihn dann auszubeuten und zu zerstören, multiplizieren sich die Möglichkeiten von Besetzungen und eine ZAD nach der anderen sprießt aus dem Boden.

Auf der anderen Seite organisieren sich die Unternehmer_innen und Politiker_innen im Schulterchluss mit Organisationen wie der FNSEA (faschistische und großbäuerliche Bauernorganisation), die seit den Terroranschlägen vom 7. Januar 2015 noch mehr Aufwind bekommen haben.

Im Januar 2016 gab es eine Frankreichweite Mobilisierung nach Nantes, um verschiedenste Demonstrationen und Aktionen durchzuführen. Eine besonders schöne war die *Opération Escargot* (Operation Schnecke), die im Vorfeld der Gerichtsverhandlungen¹¹ zeigen wollte, was passieren kann, falls geräumt werden sollte, um damit den Druck auf die Behörden aufrecht zu erhalten. *Opération Escargot* war ein voller Erfolg. Für mehrere Tage blockierten Tausende von Menschen zu Fuß, mit Traktoren,

¹¹ Gegen die letzten legalen, verbliebenen Bauernfamilien und Bewohner_innen im ZAD um einen Räumungstermin gegen diese durchzusetzen und sie mit horrenden Strafzahlungen zu belegen.

Fahrrädern und langsam fahrenden Autos die Peripherie von Nantes. Sie blockierten die Zufahrten zum alten, noch existenten Flughafen von Nantes und errichteten ein Camp auf der wichtigsten und meist befahrenen Autobahnbrücke der Region. Die Polizei räumte die Brücke über Nacht mit massivem Einsatz von Tränengas. Die Bauern lösten daraufhin die Besetzung der Brücke auf, weil die Polizei sonst vermutlich ihre Traktoren zerstört hätte.

Anfang Februar kam es dann zu den Verhandlungen bezüglich der ausstehenden Räumungen der noch legalen Bäuer_innen und Anwohner_innen vor einem Gericht in Nantes. Die Bauern und Bäuerinnen verloren und Vinci wurde der Baubeginn genehmigt. Die ersten Rodungen sollten Anfang März beginnen und die Bauern sollten ihre sich noch in Betrieb befindlichen Höfe bis Ende März räumen. Den Räumungen des Gebietes wurde vom Gericht in vollem Umfang statt gegeben.

Warten auf Tag X!

Bisher ist auf Behördenseite nichts weiter passiert. Alle warten ab und das ZAD-Mouvement mobilisiert. Sollte die Polizei mit Räumungen beginnen, wird das Gebiet verteidigt!

ZAD PARTOUT! (ZAD ÜBERALL!)

jhs

Brennende Strassen

Nachdem sich der mediale Shitstorm zu den Ausschreitungen des 5. März in der Nähe der Reitschule gelegt hat, ist es an der Zeit für eine Abrechnung.

Als am 5. März vor der Reitschule die Barrikaden brannten, empörte sich schon bald das ganze Land bis hoch zum Bundesrat darüber. Bei manchen Menschen herrschte jedoch Verwirrung: Wie konnte ein solcher Vorfall zu einem schon fast nationalen Skandal hochstilisiert werden, dass sich selbst die Bundesrätin Sommaruga zu den Krawallen äusserte? Eine neue Dimension der Gewalt, schrien Polizei und Staat. Ins Bild der betrunkenen Wohlstands-Chaoten (sic!) passte eben nicht, dass diese einen Hinterhalt organisieren konnten. Die Empörung war

gross ob der geplanten Gewalt. Was viele Medien nicht beachteten, war die lange Vorgeschichte. Über die Zeit wurde aus ACAB-Graffiti irgendwann ACAT: All Cops Are Targets.

Zunehmende Polizeipräsenz und -gewalt

Die „neue Dimension der Gewalt“ beschränkt sich längst nicht auf die „Chaoten“. In letzter Zeit hatte die Repression gegen alle Seiten zugenommen: Die Polizei hatte verstärkt Jagd auf die Sprayer_innenszene gemacht. Schema: über Nacht festnehmen, am nächsten Morgen Hausdurchsuchung. Die gewalttätigen Hausdurchsuchungen im Anschluss an die „Farbanschläge“ auf den Polizeiposten am Waisenhausplatz rüttelten die politische

Szene auf. Wie Panzer gegen Steine, setzte die Polizei Maschinenpistolen gegen Farbe ein. Mehrmals hatte zudem die Stadtregerung gezeigt, wie einfach sie die Stadt in einen Überwachungsstaat verwandeln kann. Dies reichte von der Zerschlagung der Anti-WEF-Proteste bis zu neueren Massnahmen. Aktuellstes Beispiel waren dabei die antifaschistischen Spaziergänge vom 10. und 17. Oktober 2015, als die Stadt von einem massiven Polizeiaufgebot besetzt wurde. Grund für das strikte Demonstrationsverbot war ein neues Gesetz, das Marschdemos in Bern vor Wahlen konsequent verbietet. Anstehende Wahlen waren auch in den neueren Auseinandersetzungen ein Faktor, beziehungsweise in deren Nachgang.

Wahltheater

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen: 2016 tritt der aktuelle Stadtpräsident Alexander Tschäppät von seinem Amt zurück. Unter den Kandidat_innen befinden sich auch Reto Nause (CVP) und Alexandre Schmidt (FDP). Beide schossen im Nachgang scharf gegen die Reitschule. Im Wahljahr geht es dabei nicht unbedingt um tatsächliche Erfolge, sondern darum, den Anschein zu erwecken, man bewege etwas. Wohl auch deshalb entschloss sich Schmidt dazu, der Reitschule sowohl Kündigungs- wie auch Betreibungsandrohungen zu schicken, natürlich medial wirksam und auch durch unangenehme mediale Recherchen angestossen. Dabei spricht er sich für mehr Plätze für Junge aus, erklärt dabei aber kaum, wie dies mit seiner höchst neoliberalen Haltung und folglich einer unternehmerischen Stadt in Einklang zu bringen ist. Gerade fehlender Profit und abnehmende Gebietsattraktivität waren immer wieder Grund, Ausgehlokale für Jugendliche zu schliessen, so wie das mit dem Mad Wall Street und dem Wankdorf Club – zugegeben beschissene Angebote – passiert war. Umso absurder, wenn 28% der Befragten in der Sicherheitsbefragung „Jugendliche auf der Strasse“ als drängendes Problem ansehen. Nause hingegen überschlug sich in seinen Forderungen nach Krisensitzungen und anderem. Zudem warf er Tschäppät ein Scheitern seines Dialogs mit der Reitschule vor. Dabei wurde doch Nause das Dossier Reitschule entzogen, da das Verhältnis zur Reitschule unter ihm noch beschissener wurde. Für die von politischer und polizeilicher Repression Betroffenen ist der „Sicherheitsdirektor“ logischerweise ein rotes Tuch und der falsche Gesprächspartner. Umso erstaunlicher, dass der gescheiterte Gesprächspartner nun seinerseits solches Scheitern anprangert. Wahljahr halt.

Komische Taktiken

Massiv enttäuscht gab sich der Stadtpräsident nach dem Wochenende. Enttäuschung war sowieso ein grosses Thema, auch für die Reitschule. Als man 2015 die No-Deal-Area-Kampagne startete, versuchte man über die Sensibilisierung der Besuchenden den zunehmenden Deal und vor allem dessen Nebenerscheinun-

gen einzudämmen. Umso erstaunlicher war es, als die Stadt die Kampagne zum Anlass nahm, vermehrt Razzien auf dem Vorplatz durchzuführen. Wie der „reitschulverständige“ Stadtpräsident dies eine gute Idee finden konnte, ist schleierhaft. Polizei und Reitschule waren seit jeher zwei antagonistische Elemente. Dies vor allem, da die Reitschule nicht einfach Kulturzentrum, sondern auch linksradikales Politprojekt ist. Die überaus rassistischen Kontrollen und die Brutalität der Polizist_innen verbesserten das Verhältnis zum antirassistischen Haus nicht wirklich. Da hofft man schon fast, dass Tschäppät naiv war und nicht eiskaltes politisches Kalkül dahinter steckt. Auch



wenn er nicht mehr für das Stadtpräsidium kandidiert, haben die Sozialdemokrat_innen viel zu verlieren, wenn ihre Vorzeigeperson scheitert. Auch er kümmert sich um seine potenziellen Erb_innen.

Tage vor den Barrikaden erschien zudem die neue Sicherheitsbefragung 2015. Nause und Medien stilisierten danach den Vorplatz zu einem massiven Sicherheitsproblem hoch. Und da Wahljahr ist, wurde gehandelt: Am folgenden Freitag standen sich Polizist_innen die Beine in den Bauch. Gebracht hatte es nichts, ausser dass das Sicherheitsgefühl innerhalb der Reitschule massiv gesunken war. Ausschreitungen aufseiten von Besucher_innen blieben aus, wohl auch durch die sehr löbliche Reaktion der Reitschüler_innen, welche die Gäste aufforderten, drin zu bleiben und mit einer Flyeraktion die Besucher_innen informierten, was los war

und warum diese Provokation vonseiten des Staates zu verurteilen sei. Zusätzlich setzte sich im Laufe des Abends ein friedlicher Demonstrationszug in Richtung Schützenmatte in Bewegung und wurde darauf mit Gummischrot aufgelöst. Die Nachricht: Egal ob friedlich oder gewalttätig, die Polizei schießt. Gleiches signalisierte die Polizei schon an vergangenen Demonstrationen. Ähnlich verhält sich die Medienberichterstattung bei Demonstrationen: Viele der friedlichen Demonstrationen werden wenig bis gar nicht erwähnt, gewalttätige Ausschreitungen und solche mit Sachbeschädigungen sorgen jedoch dafür, dass eine Demonstration längere Zeit in den Medien bleibt. Sexistische

Ausnahme davon war die Demo zum Frauenkampftag in Zürich: Währenddessen Farbanschläge auf Polizeiposten zu Staatskrisen hochstilisiert wurden, wurde die „Neukolorierung“ des Hooters medial nicht ausgeschlachtet, wohl auch weil Frauen nicht ins typische Schema des männlich-weissen Mittelstandschauten passen

Kapitalistische Medien

Nicht ohne gewisses Erstaunen nahm man daraufhin den medialen Shitstorm wahr. Die Polizei rief zum hundertsten Mal eine „neue Dimension der Gewalt“ aus und gefiel sich in ihrer Opferrolle. Ein Dutzend Verletzte hatte sie zu beklagen, die dutzenden Unbeteiligten, welche

(weiter auf Seite 6)

Brennende Strassen (von Seite 5)

zum Teil mit Gummischrot und Tränengas eingedeckt wurden, passten nicht in diese victim-only-position und wurden grosszügig weggelassen. Die Medien nahmen den Vorfall dankend auf und stürzten sich auf die Reitschule. Das Interesse an einer ausgeglichenen Berichterstattung suchte man vergebens, wie immer. Zu verlockend war das Bild „Polizei gut und unfehlbar, Reitschule böse und unzuverlässig“. Kritik an der Reitschule war, dass ihr Sicherheitskonzept mangelhaft sei und nicht angemessen reagiert wurde. Was die Medien dabei vergassen: Der Betrieb wurde trotz der Strassenschlacht aufrecht erhalten und der Schutz – nicht etwa vor den „Chaot_innen“, sondern vielmehr vor der komplett überforderten Staatsgewalt und ihren Geschossen – war so gut wie möglich gewährleistet. Das Kontakttelefon zwischen Polizei und Reitschule wurde wider anderslautender Behauptungen genutzt, mehr als Befehle und Aussageverweigerungen, kamen vonseiten Polizei nicht. Selbst der Bitte nach Schliessung des Sous-le-Ponts nicht auf die Menschenmasse zu schießen, wurde teilweise nicht nachgekommen. Die Medien hingegen wollten von der

Reitschule nur eines hören: Eine Distanzierung der „konstruktiven Kräfte“ in der Reitschule von den „Chaoten“. Diese bekamen sie auch. Umso erschrockener jedoch war die Reaktion auf die Feststellung der Mediengruppe, dass die Reitschule ohne Vertrag nun wohl wieder offiziell besetzt sei. Stadt wie auch Medien hatten anscheinend vergessen, dass der Leistungsvertrag vielmehr auch ein „Waffenstillstandsvertrag“ auf beiden Seiten war: Die Reitschüler_innen können ohne Furcht vor einer Räumung ihre Projekte verfolgen und die Stadt muss sich nicht dafür legitimieren, warum sie eine solche Besetzung nicht räumt.

Die müssige Gewalt(frage)

Auch wenn ich die Gründe für solche Gewalt, also Wut und Ohnmacht gegenüber zunehmender Repression, nachvollziehen kann, „richtig“ oder effektiv war die Aktion trotzdem nicht. Den reaktionären Elementen gab sie einen Anlass, die linksradikale Szene erneut ins Licht von Terrorist_innen zu stellen und so nochmals Legitimierung für noch mehr Repression einzuholen. Die Polizei verlangt schon wieder, wie immer, eine Aufstockung des Gewaltmonopols. Wenn schon Farbe eine Legitimation für

Staatsgewalt ist, dann werden Steinwürfe vom Dach erst recht mehr Repression nach sich ziehen. Schlussendlich ist es auch ein Unterschied, ob Gewalt, ein massives Machtinstrument, zur Verteidigung oder zum Angriff verwendet wird. Die Vergangenheit zeigte mehr als einmal, dass offensive Gewalt oftmals nicht zu einer sozialen Revolution führte, sondern darauf vielmehr die Revolution ihre eigenen Kinder frass. Wo sonst ein Austausch mit Konsensziel abläuft, geschieht in einer gewalttätigen Militanz eine wohl durch die Repression notwendige Klandestinität und somit eine Unfähigkeit, tiefgehende Kritik zu äussern, da die Adressat_innen unklar bleiben. Und trotzdem: Durch die unbedachte Reaktion der Stadt, den Leistungsvertrag auf Eis zu legen, haben sie diesen Menschen in die Hände gespielt. Dass deren Verhältnis zu Stadt und Leistungsvertrag nicht allzu rosig ist, bedarf keiner grossen Interpretationsleistung. Auch die Skepsis vieler Reitschüler_innen gegenüber dem Leistungsvertrag wird wohl nicht geringer durch die Machtgebärden der Stadt. Denn die Stadt vergisst gleichzeitig, dass ihr grösstes Drohmittel, die Räumung, gleichzeitig auch ein 80er-Revival bedeuten könnte: Brennende Strassen und echte, breit abgestützte Krawalle.

fat

Wofür wir kämpfen

Ob du wirklich richtig stehst, siehst du, wenn das Licht ausgeht. Solange können wir uns bei der Standortanalyse mit einem kritischen Utopismus behelfen.

Wie oft fragen wir uns, wofür wir wirklich stehen? Nicht dass eine differenzierte politische Haltung gerade in Mode ist, unsere Kreise bilden da aber eindeutig eine Ausnahme. Wer sich aber für eine radikale Gesellschaftsform einsetzt, kennt auch die Anfeindungen und die Ablehnung durch Andere. Radikal heisst in deren Augen vor allem gefährlich, sie sprechen dabei gerne von physischen Gefahren, haben aber eigentlich vor allem Angst vor der damit verbundenen Normabweichung. Weitere Fragen gilt es für sie nicht zu stellen, weil dies auch die Gefahr birgt, das Normale infrage stellen zu müssen. So kochen die

Emotionen hoch und die Gesichter färben sich rot, nur schon beim blossen Aussprechen des Namens einer *radikalen* Idee, fast ein bisschen wie Magie.

Meinungsaustausch

Mit der Zeit tut es natürlich nicht mehr weh, wenn man von Bürgerlichen als Chaot bezeichnet wird. Mit den Jahren bekommt man auch Übung darin, die mediale Hetze zu ignorieren, die zum Beispiel mit jedem Barikadenbau einhergeht. Es ist klar und offen ersichtlich, dass auf Legitimationen und Hintergrundanalysen keinen Wert gelegt wird. So wie gewisse Bekennerschreiben formuliert sind, legen auch Aktivist_innen wenig Wert darauf, von jemandem verstanden zu werden, der nicht exakt ihrer eigenen Ideologie angehört.

Das ist im Grossen und Ganzen zwar verständlich, wie das eben mit grundsätzlichen Konflikten einhergeht. Aber letztlich bleibt es der Minderheit überlassen, auf ihre Interessen hinzuweisen, ihre alternativen Sichtweisen so zu *übersetzen*, dass sie sowohl erläuternd sind, als auch transformativ. Einer meiner letzten Artikel setzte sich mit Kritik und Bedeutung von Marketing (in *di schwarzi chatz* Nr. 40) auseinander. Dem will ich hier nichts entgegensetzen. Der Fokus liegt auf Kommunikation, vor allem dem *ehrlichen* Informationsaustausch und dem Bestreben zur Verständlichkeit.

Das Dilemma der praktischen Worte

Radikal-utopische Anliegen und Gruppen sind einem grundsätzlichen und doppelten Dilemma unterworfen. Grundsätzlich

besteht eine Unvereinbarkeit zwischen Utopie und Praxis, darin verborgen ist aber auch eine Undenkbarkeit der utopischen Praxis.

Die Unvereinbarkeit basiert darauf, dass selbst wenn alle am selben Strick ziehen, sprich von der selben Utopie inspiriert sind, diese nicht gleich bleiben kann, wenn sich die Gesellschaft der Vorstellung annähert. In der Utopie sind die Dinge aus unserer heutigen Sichtweise konzipiert, und basieren daher *nur* auf Vorstellungen, wie sie heute denkbar sind. Mit der Annäherung an eine Zielvorstellung entfernt sich die Utopie wieder von uns, da wir diese auch immer weiter entwickeln. Eine Utopie stellt daher wohl so etwas wie eine Karotte am Stock dar, die wir uns selber vor die Nase binden, im Unterschied zum Esel. Dazu komme ich gleich nochmals.

Zuerst fragt sich noch, was Undenkbarkeit bedeutet. Der Kern dieser Aussage liegt darin, dass wir ohne praktische Handlungen nur vage denken können. Wenn wir heute von Basisdemokratie sprechen, stellen wir uns gerne ein gesellschaftsweites Organisationsmuster vor. Wir fantasieren eine grosse Gruppe Menschen, welche zusammen diskutieren, bis alle mit einer konkreten Vorgehensweise einverstanden sind. Die persönlichen Erfahrungen, Erzählungen oder Bilder, die wir von solch einem Anlass im Kopf haben, sind aber zu einer überwiegenden Mehrheit Bilder von Kleinanlässen, gesellschaftlich gesehen sogar blosser Mikroprozesse. Nur unsere Fantasie erlaubt die Extrapolation ins Unmessbare. Vielleicht weil unmessbare Grössen für unser Gehirn nicht besonders gross zu sein haben - wir verlieren doch schon bei ein bis zweihundert Menschen unsere instinktive Übersicht.

Innerhalb unseres Erfahrungshorizontes hat es noch keine Gesellschaft gegeben, die Basisdemokratie zu Friedenszeiten praktiziert hat. Vielleicht ein paar prähistorische Gesellschaften, deren Erfahrungen uns aber nicht mehr zugänglich sind. Sicher, gewisse Regionen in Spanien oder der Ukraine, aber nur in kurzen Phasen und dazu noch heftigst umkämpft. Für diese Menschen war das zwar Alltag, aber als Alltagsvorbild für ganze Generationen sollte diese Art der Basisdemokratie dann doch nicht dienen. Zu wenig der alten Muster waren überwunden und zu

viele Alltagserfahrungen handelten von Krieg und Konflikt.

Das Fazit ist, dass wir uns Basisdemokratie zwar im Sinne einer Idee vorstellen können, aber keine Ahnung haben von den praktischen Implikationen, wenn wir eine ganze Gesellschaft und ausnahmslos alle in dieser Form *zusammenbringen* wollen. In der Sprachanalogie fehlen uns dazu nicht nur einfach die Übersetzungen der Worte, sondern ganze grammatikalische Konzepte. Daher besteht eine Utopie aus wenigen innovativen und alternativen Ideen, der Rest wird mit alltäglichen Erfahrungen ausgefüllt und zusammengeflochten.



Ein weiterer Faktor, der dies verstärkt, liegt im hegemonialen Deckel, der kapitalistischen Leistungsgesellschaften begründet. Ihr kennt das wohl, wenn über die Utopie diskutiert wird, werden sehr schnell gegenwärtige Konzepte wie eben Leistung und Belohnung eingeflochten. Sie werden kritisiert, bereinigt und umgekehrt, oder anderes mehr, aber der Ausgangspunkt bleibt jeweils unsere heutige Sichtweise. Durch Kritik kann man etwas verändern, jedoch nicht einfach zu einem Ideal springen oder gar ausmustern. Es wird kaum einen Aspekt der Gegenwart geben, der nicht auf die eine oder andere Weise in eine zukünftige Gesellschaft einfließt, doch verändern können wir die Gesellschaft nur, wenn wir die gegenwärtigen Vorstellungen auseinandernehmen, sowohl die, die uns sympathisch sind, als auch all die anderen, und zu verstehen versuchen, was es damit auf sich hat.

Die Karotte am Stock

Aus einer Idealvorstellung sollen sich diverse Sinnhaftigkeiten ableiten lassen. Eine Utopie ist grösser, als das direkt Verständliche und Nachvollziehbare. Sie dient nur als Hilfsmittel, um komplexe Situationen und Vorstellungen als Ideal weiterentwickeln zu können. Ohne einen *fantastischen* Schutzwall, überrollt die Realität jegliche weitergefasste Kritik. Eine Utopie setzt sich aus vielerlei Aspekten zusammen. Was wir dabei oft nicht berücksichtigen, ist der geringe Anteil an Neuem und Unbekanntem. Denn neben den philosophischen Konzepten, generiere-

ren wir unsere Idealvorstellung auch aus der Ablehnung von Dingen heraus, die wir sehen und nicht verstehen können. Knäste, Krieg und Gewalt prägen Ideale manchmal mehr, als das, was als Kernanliegen beschrieben wurde, zum Beispiel eine *konkrete* Lebenswelt.

Nun baumelt eine Karotte also vor unseren Augen, sie ist noch frisch und knackig, aber auch schon so gross, dass sie nicht mit einem Happen verschlungen werden kann. Sprich, wir haben uns schon etwas

(weiter auf Seite 8)

¹ Natürlich kann man sich im Kern auch eine Welt ohne Knast oder Krieg wünschen, und darum herum eine Utopie entwickeln. Es geht um das Beispiel, dass nur aus der Ablehnung von etwas noch keine Alternative ersichtlich wird. Diese Welt ohne Knäste könnte ein besserer Ort sein, um aber sicherzugehen, müssten wir auch andere Unterdrückungs- und Gewaltformen ausschliessen können, sonst substituieren diese den Knast in null Komma nix.

länger damit auseinandergesetzt und sind sowohl sicher, dass wir das richtige Beet gejätet und gedüngt haben. So eine Karotte geben wir nicht so schnell auf. Das Problem besteht dann, wenn wir zu vergessen beginnen, dass die Karotte nur wenige spezielle Nährstoffe enthält, die grosse Masse besteht aus Wasser und Kohlenstoffen, Dinge die es überall und reichlich gibt.

Wo wir stehen

Genug der Illustrationen, wenn wir uns lange mit etwas auseinander setzen, sind wir am Anfang unsicher und bereit die Sache zu hinterfragen. Je länger solch ein Themenkomplex aber in unserem Kopf umherschwirrt, desto selbstverständlicher wird er und desto mehr identifizieren wir uns mit dem Ganzen. Darüber geht dabei vergessen, dass wir eigentlich gar nicht anders können, als bei einer vagen Vorstellung zu bleiben. Zur Erinnerung: Eine Utopie besteht aus Idealismus und Fantasie, mit dem Kern einer Kritik an der Gegenwart. Verbunden mit unserem Wunsch nach Erfolg und Fortschritt, ist eine Abneigung ge-



gen ständige Unsicherheit und Selbstinfragestellung.

Der Grat zwischen politischer Utopie (als gesellschaftstaugliche Fantasie) und dogmatischen Steckenpferden ist schmal. Verstärkt wird die Tendenz zur Abgleitung in brackige Gewässer dadurch, dass die unzusammenhängenden Kleingruppenstrukturen mehr als Freundes-Feindeskreise funktionieren, denn als Arbeitsgruppe *Gesellschaftstransformation*. Um also herauszufinden, wo wir stehen, können wir nicht warten, bis die Lichter ausgehen. Die Hoffnung ist, dass wir die

Schalter selber finden, und eine Chance haben, die nächsten Generationen mit unseren kollektiven Überlegungen zu prägen.

Um den/die Schalter zu finden und auch betätigen zu können, sollten wir uns also schon jetzt immer wieder fragen, wo wir stehen. Mit einem Blick auf die ganze Gesellschaft können wir die Karotte vielleicht in unserem Blickfeld behalten, ohne ständig darauf zu starren und nach einem Happen zu gieren.

s.deo

Die Nähe, die wir suchen

Anstatt nach Nähe und Übereinstimmungen zu suchen, ist die politische Auseinandersetzung geprägt durch Abgrenzung und Konflikte mit Oppositionen. Dies ist ein Artikel zu den Limiten der Gruppenbildung. Er untersucht den Einfluss auf die Bedeutungsverschiebung von Begriffen und schliesst mit dem Potential von lokalen Föderationen.

Mit dem Engagement für eine Sache geht meist der Wunsch einher, die eigene Gruppe grösser werden zu lassen, denn mehr zu sein heisst letztlich, mehr Möglichkeiten zu haben. Erfahrungen deuten aber darauf hin, dass den Gruppengrössen nach oben Limits gesetzt sind. Die Art der sozialen Interaktionen, von Angesicht zu Angesicht, benötigen so viel Zeit und Hirnvolumen¹, dass die mögliche Anzahl

der Interaktionen begrenzt ist. Der Artikel gehört zur Förderalismus-Reihe, weil er am Schluss aufzeigen will, wie lokale Föderationen diese Gruppendynamiken entschärfen können und gleichzeitig Potential für eine stärkere Bewegung bieten.

Gruppenbildung

Im Kern von Prozessen der politischen Gruppenbildung steckt die Frage, wie aus individuellen Motivationen eine gemeinsame Handlungsabsicht entsteht. Wieso Personen zusammen arbeiten sollten, liegt Aufgrund der Effekte von Arbeitsteilung und Spezialisierung, sowie der Effekte von sozialer Interaktion auf der Hand. Doch

¹ Gemeint sind kognitive Fähigkeiten und Detailwissen über die involvierten Personen, aber auch Zeit darüber zu reflektieren und Nebensächlichkeiten auszuordern.

Gruppenbildungsprozesse laufen immer wieder nach ähnlichen Mustern ab. Sie wachsen und schrumpfen zyklisch, wobei die produktivste Phase meist deutlich vor der grössten Mitgliederzahl erreicht ist. Am Anfang steht eine grundsätzliche Übereinstimmung – eine inhaltliche und räumliche Nähe, die in gemeinsame Arbeit und Praxis umzusetzen ist. Dabei spielt eine persönliche Ebene mit, in der es darum geht, den Gruppenkonsens durch gemeinsame Gespräche und Aktionen zu definieren. Es spielt aber auch eine gesellschaftliche Ebene mit, auf der die Gruppe als Ganzes sich einer *politischen* Strömung zuschreibt.²

² Je nach Art der untersuchten Gruppe kann politisch durch sozial, ökonomisch, familiär und andere Begriffe ersetzt werden. Das verändert die Bindungs- und Interaktionsprozesse, aber die Gruppendynamiken bleiben die gleichen. Auch findet immer eine Orientierung an gesellschaftlichen Modellen statt.

Die folgenden Aspekte finden also in einem stetigen Wechselspiel zwischen Gruppenidentität und -selbstverständnis, den persönlichen Präferenzen und Absichten, sowie der Einordnung in das gesellschaftliche Ganze statt.

Das Überraschende ist die Ausrichtung auf Differenzen und auf oppositionelle Gruppen. Anstatt unter dem Banner der Toleranz nach gemeinsamen Handlungsspielräumen zu suchen, ist ausgerechnet die Zusammenarbeit zwischen Gruppen mit ähnlichen Grundhaltungen von Schwierigkeiten geprägt.

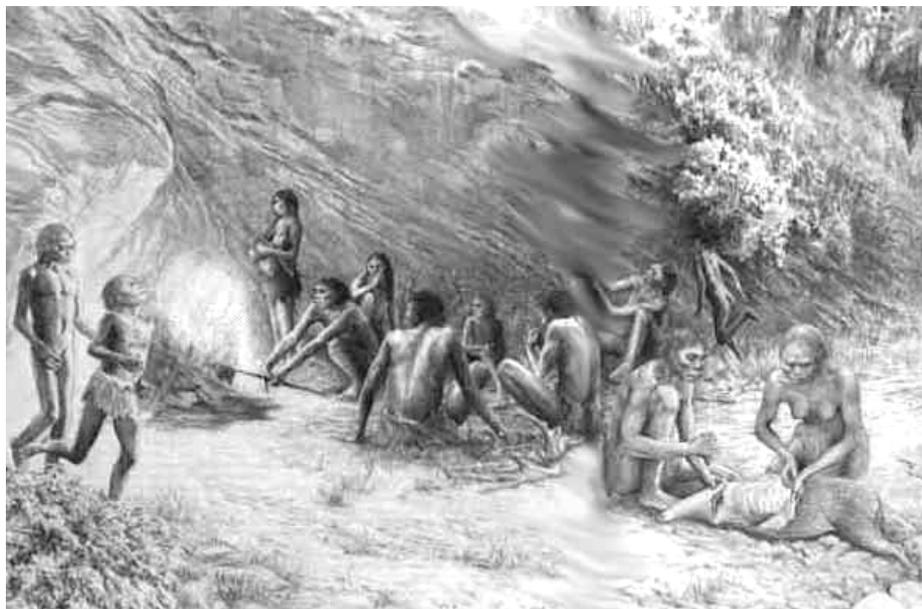
Wachstumsprozess

Eine gute Idee sollte doch in der ganzen Welt aufgenommen werden, wie dies mit dummen Videos auf Youtube oder blöden Zitaten auf Twitter und Facebook passiert. Dort scharen sich Millionen um eine einzelne Meinung. Wieso gilt dies nicht für die Erkenntnis, dass wir das Klima verschmutzen und dringend alternative Energiequellen benötigen? Ein Wettbewerb der Ideen scheint am Laufen zu sein. Manchmal kann auf gesellschaftlicher Ebene gar eine Tendenz zu einem gemeinsamen Nenner beobachtet werden. In der Praxis jedoch entstehen viele Gruppen mit sich widersprechenden Haltungen. Wie man so sagt, liegt der Teufel im Detail.

Gruppengrößen scheinen einen Grenzwert zu haben. Das bedeutet, dass wenn eine Gruppe auf eine gewisse Grösse zusteuert, Mechanismen zu wirken beginnen, die das Überschreiten dieser Grösse effektiv verhindern. Das hat wohl vor allem damit zu tun, dass die Interaktion zwischen Menschen neben den gesprochenen Worten auch sehr viel mit dem Wissen übereinander und dem geteilten Wortschatz zu tun hat. Was und wie wir etwas sagen, wird davon beeinflusst, wer die oder das Gegenüber ist. Klar kann ich die Bedeutung eines Wortes im Lexikon oder einem Wörterbuch nachschlagen. Je grösser der Themenkomplex aber ist, desto grösser ist die Anzahl möglicher Subpositionen, Vorgehensweisen und Organisationsmechanismen. Wenn ich mit einer Person schon zig Gespräche geführt habe, wird die Bedeutung detaillierter. Hinzu kommen diverse nonverbale Gesprächsaspekte, die nur aufgrund langfristiger und persönlicher Kenntnisse möglich sind. Gerade kollektive Meinungsbildungspro-

zesse mit einem umfassenderen Zweck als simpler Verständigung profitieren davon enorm.

Oben habe ich den Gruppenbildungsprozess als Annäherung beschrieben: Personen müssen miteinander diskutieren und sich einigen, wenn sie als Gruppe Einfluss auf die Praxis bekommen wollen. Dabei handelt es sich ganz klassisch um alltägliche und persönliche Interaktionen. Da ein Kommunikationsprozess nicht auf die gesprochenen Worte reduziert werden kann, kann er auch nicht einfach abstrahiert oder entpersonalisiert werden. Wer seine Hoffnung zum Beispiel auf reduzierte Aussagen und wenig aufwändige Austauschprozesse in einer digitalen *Anonymität* setzt,



darf nicht vergessen, dass alle Bedürfnisse und Ansprüche der involvierten Akteure an soziale Interaktionen bestehen bleiben. Mit einer einfachen Zustimmung oder Ablehnung ist kein gemeinsames Vorgehen erreicht. Der Mensch, der sich einer Aussage zuordnet, hat mit grösster Wahrscheinlichkeit in seinem direkten Umfeld ein Gespräch darüber geführt.

Digitale Welten haben viel Potential, sie machen neue Ebenen der sozialen Interaktion und der Meinungsbildungsprozesse zugänglich, beobachtbar und bewusst planbar, sie lösen aber die Grundlage dafür nicht auf oder ab. Das hat vor allem mit dem Praxisaspekt zu tun. Wir sprechen über vieles, doch Wirkung zeigt dies erst, wenn wir daraus Konsequenzen für das eigene Verhalten zulassen. Umgekehrt bilden wir unsere Meinung oft in einem verbalen Versuchsprozess.

Ausbalancierung

Natürlich bedeutet nicht jeder Versuchsprozess einen expliziten Konflikt, doch je grösser eine Gruppe wird, desto mehr Potential zum Konflikt besteht. Wenn der interne Konsens zu aufwändig wird, kommt es eher zu einer Abspaltung. Nicht weil keine Einigung möglich ist, sondern weil die Gruppen zu gross werden, als das die persönliche Meinungsbildung mit dem Gruppenkonsens einhergehen könnte.

Ein weiterer Aspekt der Entwicklung basiert eher auf einer lokalen Komponente. Aus dem Bedürfnis einen Fokus zu finden und sich klar zu Positionieren, folgt ein Abgrenzungseffekt. Vernetzungsbestre-

bungen finden einfacher über regionale Grenzen hinaus statt, damit ist dann auch die Intensität der Interaktion begrenzt. Lokal ist der Abgrenzungsfaktor bedeutender, damit unserem Empfinden, was einer persönlichen Beziehung geschuldet ist, Genüge getan werden kann.

Gruppenbildung führt also dazu, die gemeinsame Arbeit herauszustreichen und thematisch zu bevorzugen, eben auf Kosten einer Abwertung anderer Ansätze. Zumindest solange eine persönliche Interaktion zwar möglich, aus Gründen des Aufwandes und der Praktikabilität, aber nicht *sinnvoll* erscheint. Viel eher wenden wir uns der Ebene einer einfacheren Zustimmung oder Ablehnung zu, wie sie in sozialen Kontexten, also den gesellschaftlichen Diskursen zutage tritt.

(weiter auf Seite 10)

Die Nähe, die wir suchen (von Seite 9)

Da diese Verhaltensmuster auf praktischen Gründen basieren, die weder gewünscht sind, noch der eigenen Arbeit wirklich dienen, sollten Ansätze zur Überwindung doch Chancen haben.

lokale Gruppenföderation

Wie schon in vielen meiner Artikeln, sehe ich in lokalen Gruppenföderationen auch in diesem Zusammenhang einen Ausweg. Im Kern stehen zwei Vorteile. Erstens kann eine Föderation als eher lose Interaktionsgruppe dienen, sie muss nicht mit dem Ziel bestehen, zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen, sondern kann vor allem dem Austausch und der Interaktion dienen. Zweitens erlaubt eine Föderation nicht nur die Vernetzung von Gruppen, sondern multipliziert die Möglichkeiten für die beteiligten Akteure. Gerade weil eine Basisgruppe viele persönliche Elemente in die gemeinsame Arbeit einfließen lässt, ist es wichtig, dass wir nicht in einer Gruppe gefangen bleiben. Denn mit dem Gruppenbildungsprozess gehen auch persönliche Veränderungen und solche in der Gruppe einher. Viel zu oft führen heute konfliktreiche Phasen in Gruppen zur per-



sönlichen Verausgabung und dem darauf folgenden Rückzug aus der ganzen Szene. Wenn wir aber dieser Dynamik Rechnung tragen, könnten Veränderungen früher und fließender erfolgen. Das bezieht sich auf die persönliche Ebene. Auf dieser probieren wir die gesellschaftlichen Ideale umzusetzen, also sollten wir auf dieser auch weiter kommen.

Den Aspekt der limitierten Gruppengröße habe ich schon diverse Male beschrieben: Wer diese Limits überwinden will, muss seine Organisationsstruktur entsprechend ausrichten. Ich verstehe eine lokale Fö-

deration nicht als Planungsinstrument, das die Gruppenbildung steuern soll, sondern eher als Austauschmechanismus, damit die einzelnen Gruppen ein genaueres Bild von Gesellschaftsdynamiken haben. Solange sich Handlungsspielräume erhalten und die verbindende Struktur nicht zur Autorität wird, können Föderationen als strukturelle Bewusstseinszustände dienen. So könnten wir direkt beobachten und gemeinsam ausprobieren.

s.deo

Kurznachrichten

Streiks in Mayotte

Seit mehreren Tagen finden im französischen „Überseedépartement“ Mayotte, dem 101. französischen Verwaltungsbezirk, Streiks sowie „städtische Unruhen“ (émeutes urbaines) – also Riots – statt. Der Generalstreik dauert bereits seit über zwei Wochen, er fing am 31. März dieses Jahres an, und setzt im Prinzip nur einen bereits im November 2015 begonnenen Ausstand fort. Er war damals wegen der Verhängung des Ausnahmezustands über ganz Frankreich, infolge der Attentate in Paris, abgebrochen respektive unterbrochen worden.

Gegenstand der Streikforderungen ist die „tatsächliche Gleichheit“ (égalité réelle), also eine Angleichung der Lebensverhältnisse mit dem übrigen Frankreich.

mehr auf: labournet.de

Truckerproteste in Russland

Zehntausend sollen es inzwischen sein, die den Kampf gegen „Plato“ (extrem erhöhte Abgaben) aufgenommen haben. Neben dem Camp in Khimki, das es seit Beginn des Protestes im November 2015 gibt, gibt es inzwischen eine ganze Reihe weiterer Camps. Und trotz des nahezu vollständigen Medienboykotts haben sie nicht nur Fortschritte auf dem Weg einer unabhängigen eigenen Organisation gemacht, sondern sind auch zum Bezugspunkt anderer sozialer Proteste geworden, was sich auch daran zeigt, dass sie ihren Forderungskatalog erweitert haben. Die Trucker(_innen?) brauchen aber dringend jede Art von Solidarität. Die Mailadresse für entsprechende Kontakte ist:

solidarity_trucker@yahoo.com

mehr auf: labournet.de

Officine: Ultimatum der Arbeiter_innen

Die Botschaft der Arbeiter der Officina Bellinzona an die SBB-Spitze ist unmissverständlich: Bis zum 15. April müssen konkrete Schritte erfolgen, andernfalls wird die Arbeiterversammlung die erforderlichen Massnahmen, um die Zukunft der Officina zu gewährleisten, beschliessen.

Das Arbeitsvolumen in Bellinzona ist seit dem Streik, aufgrund von Auftragsverlagerungen in andere SBB-Werkstätten, um mehr als 20 % zurückgegangen. Alle bisherigen Appelle und Protestresolutionen an die Adresse der SBB blieben ebenso erfolglos, wie eine Zusammenkunft mit der SBB-Spitze im Februar 2016, an welcher auch verschiedene Tessiner Politiker_innen und Regierungsrät_innen teilnahmen.

mehr auf: labournet.de

Anarchism & Repression: Opening Pandoras Box

An update on repressive methods after the last cases of political persecution in the spanish state.

Repression seems to be inherent to anarchism. Since the movement was born the state's repressive response has always been adapting to the intensity of the struggles. In this way, repression manifests itself cyclically, displaying some general aspects that are historically well known. Nonetheless, updating the analysis on repressive methods always enables the identification of specific novel features. And that's why we decided to elaborate this text in a parallel/comparative way: The Past - The Present.

The repressive strikes that took place over the last decades in the Mediterranean area illustrates general traits of repression such as the building-up of a "terroristic" anarchist imagery, criminalization, fabricated police set-ups, sloppy criminal evidence, surveillance or the use of specific counter-revolutionary legislation; while the very last cases of repression in the spanish state contribute with interesting particularities of the mentioned tactics like the formulation of the term „terrorismo anarquista“ -anarchist terrorism- constantly used by the media, specific seminars & training workshops against „anarquismo insurreccionalista“ - insurrectionist anarchism - organized by the police, press reports directly connecting anarchism with islamic groups such as Al-Qaeda or applying preventive prison on the basis of possessing an Invisible Committee's book and a riseup.net e-mail account.

The Past

The past is neither more elegant nor more gentle than the present. Over the last decades, the state's machinery has taken a repertoire of measures for practising ideological persecution which are as drastic as the ones only recently employed. For instance, political retaliation can be seen materialized into institutions like the Audiencia Nacional – National Court-

room – a genuine “court of exception” (legacy of the spanish dictatorship's Tribunal de Orden Publico – Court of Public Order) which has legal power in the entire territory of the spanish state and takes care of diverse matters such as terrorism, counterfeit, drug trafficking or organized crime...; but also comes into the shape of “counter-terrorist” laws & policies like the Ley Antiterrorista - anti-terrorist law - and the FIES regime (Ficheros Internos de Especial Seguimiento -Internal Files for Special Monitoring) which entail incarceration, dispersion of prisoners and solitary confinement, and have been repeatedly applied against the basque inde-



pendence movement. As we will see, the impact of the past political persecution on the libertarian scene has been severe.

Over the last months of 1999, a struggle started to extend among some of the inmates of the spanish state's prisons. This fight demanded the cease of the FIES, the end of the dispersion and freedom for all the imprisoned terminal patients. The diverse hunger strikes and non-cooperation strikes were backed from the outside with gatherings and mobilizations organized by assemblies and collectives like the Anarchist Black Cross (ABC). The call from the inside was inviting actions from the outside. Some actions came in the shape of bomb-letters addressed to journalists and politicians, and somebody “had to take the blame”.

A comrade known for giving support to prisoners was arrested and was charged as responsible for the actions. The criminalization of the ABC came without delay: a link was tried to be established between it and a supposed ETA¹ commando, as well as the higher commanders of the PCr (Partido Comunista Reconstituido - Reconstituted Communist Party). Moreover, they “literarily” pointed to the anarchist Claudio Lavazza (who was under FIES regime's tight control) as the “brain” orchestrating the terrorist attempt. The aforementioned arrest generated paranoia among activists and brought up a debate about the political

positioning to be taken. Finally, after one year of preventive prison, the arrested comrade was sentenced to 4 years. During the late 90's as well as at the beginning of 2000, the okupa movement (squatting) was enjoying good times. New Squatted Social Centres (SSC) were continuously emerging and it wasn't infrequent for the slogan “evictions are riots” to be taken to its ultimate consequences. By that time, the chances for active resistance were higher because the eviction's judicial protocol was required

(continued on page 12)

¹ Euskadi Ta Askatasuna - Basque country And Freedom. Important armed commando of the Basque independence movement. It was active from 1973 to 2013, a period during which it had a strong presence in the media.

Pandoras Box (from page 11)

to be issued the same and only day designated by the judge. On October 14th 2002, the SSC Malas Pulgas in Valencia was forcefully evicted leading to both, resistance indoors and riots outdoors, this resulting in a burnt ATM and different attacks on housing companies. By taking advantage of media's criminalization 4 comrades were accused of terrorist association and jailed for 5 months under preventive prison regime. Once inside the prison they wrote a report clarifying that they disagreed with the usage of the term "police set-up" because of considering it victimising in the context of a war openly declared on anarchism by the State. 2003 was a particularly repressive year. The month of February began with the arrest of a young Almerian, this followed by 4 further arrests in Viladecans, Gavà, el Prat and Sant Adrià del Besòs². They were connected with diverse actions (mostly incendiary) against ETTs (Empresas de Trabajo Temporal – Temporary Work Companies), banks, and headquarters of political parties. The police's official reports absurdly elaborate on a hierarchical organization and use personal relationships with Italian anarchists for adding more weight to the accusations. The trigger of all this was a fingerprint, supposedly found on a petrol bomb's glass bottle, which was attributed to one of the accused persons after an ordinary arrest.

In December 2006, Juan Sorroche, a fellow comrade resident in Italy, was arrested after being prosecuted for burning a train belonging to a company connected with the deportation of migrants. At the beginning of 2007, there was a new arrest in the region of Girona. Nuria Portulas, a friend of Juan, was arrested and charged with "alleged belonging" to an armed commando and with "weapons possession". Nuria's case was taken care of by the Audiencia Nacional and the anti-terrorist law was applied to her. The Judge Santiago Pedràz sentenced her to preventive prison attributing to her the crime of "collaboration or belonging" to a terrorist organization. Nuria spent 4 months in prison and her final prison

sentence was 2.5 years long because of being accused of collaborating with an (non-existent) Italian anarchist group to which she was claimed to provide information about public catalan institutions. In 2010, the supreme court dropped all the charges against her.

The Present

The present, while staying as "ugly" as the past, is stylishly being shaped by modern technologies and by specifically anti-anarchist initiatives. Lately, the spanish repressive forces have emphasized on what they call „the insurrectionist anarchist movement“ and have conscientiously analysed it while redirecting

while the activity of ETA diminishes: the pressure on certain ideological domains is therefore kept constant by applying the strategy of the internal enemy and by relocating the main target of repression. Over the last few years the pressure from the 4th branch has been focused on criminalizing any violent reaction, thus contributing to the building-up of a stereotypical criminal imagery attributed to anarchist collectives. The media has been reproducing and even completing the reports and press communications made by the police providing them with notoriety. A very insightful example can be found in the mass media concept *terrorismo anarquista* being applied to everything related to the last big repressive strike: the Pandora Operation.



an alarming lot of resources to the fight against it. A specific example for this is the emergence of the concept *anarquismo insurreccionalista* seen in official reports from the Fiscalia General del Estado – General Attorney's Office of the state. Other repressive responses to anarchism are an elaborated discourse, specific seminars and workshops, all this focused on *anarquismo insurreccionalista*. For instance the 2013 declarations of Enrique Baron (the National Police Squad's general sheriff) in the University of Madrid, and the last seminars and specific workshops organized by the Catalan police unit Mossos d'Esquadra – such as the 2012 „Workshop about intelligence against radicalization“ or the 2014 „Workshop about insurrectionist anarchism“. This state of alert intensifies

On November the 13th 2013, the National Police Squad arrests 5 anarchists in Barcelona under the conditions of the anti-terrorist law. After spending 5 days in solitary confinement and *incomunicado*, on the 17th they are called for testimony in the Audiencia Nacional. Afterwards, 3 of the arrested are released with charges, but not Monica and Francisco who had previously been processed in Chile, in the *Caso Bombas*, and are thus jailed under preventive prison regime. The 2009 Chilean *Caso Bombas* – Bombs Case – was an infamous legal procedure against different anarchist collectives which was replete with absurd conceptualizations like referring to squats as "power centres" or describing a hierarchical structure with bosses, soldiers and financiers. Moreover, the case was stuffed with evidence that

² Four different neighbourhoods in the region of Catalonia.

lacked weight, coherence and solidity, it ended up in a total failure and more than 4000 criminal evidences were excluded because of irregularities in the police work such as fake expert's signatures. The 2013 charges on the two imprisoned fellows Monica and Francisco (the other 4 cases were discontinued) include belonging to a "terrorist organization", materialized havoc, and intend of causing material ravages; all this in relation to the bomb that was placed in the cathedral Basilica del Pilar in Zaragoza on October the 2nd 2013, and also with regard to the supposed attempt on placing explosives in the Monastery of Montserrat in Barcelona. At the end of March, they have been convicted to 12 years prison each by the Audiencia Nacional.

In this context, on December the 16th 2014, and because of connections made after analysing surveillance data on Monica, Francisco and the places frequented by them, a search-and-arrest procedure is issued on 11 comrades from Catalonia and Madrid: The Pandora Operation had started. The searches take place at their personal residences, and also at three different SSCs. All the arrested are charged with "terrorism" by the Audiencia Nacional and, although the anti-terrorist law is not applied (they were able to communicate with their lawyers), they spend 3 days under arrest and dispersed in different police stations, then they are all transferred to Madrid for testimony in the Audiencia Nacional. After the procedure, the judge sentenced 4 of them to provisional freedom with charges and with the obligation of weekly signing in courts for monitoring; the other 7 were jailed under preventive prison regime. Only at the level of prison decrees, the specific charges are formalized: belonging to "terrorist organization" and possession of flammable & explosive materials. This information wasn't made public until January 30th 2015 and, immediately after it was made public, the 7 imprisoned fellows are released on bail with the obligation of signing 3 times per week for monitoring, they are also banned from exiting the spanish state. During the incarceration the 7 comrades went through 5 different prisons within the province of Madrid, always under FIES regime.

After the arrests on November 2013,

the acronym of a supposed terrorist organization appears in the police reports: GAC-FAI/FRI³, the spanish state tries to fabricate an all-purpose terrorist organization to which ascribe every activist that breaks the social peace, Monica and Francisco are accused of belonging to this organization. Interestingly, although the new and more flexible anti-terrorist legislation starts to incorporate the "lone-wolf" character as an adaptive resource, the "terrorist organization" classic scheme is still used at the juridical level. In the 2014 Pandora Operation, the 11 arrested persons are grouped under the same acronym GAC, by doing this the repressive machinery tries to reinforce both, the idea that such terrorist organization actually exists, and the "organized-terrorist" profile of the actions attributed to the accused fellows. At the same time, police and judge reports get validated despite the fact that none of the actions' au-

thorship has ever been claimed with the acronym in question.

The chain of events proves that the spanish state now sticks to the strategy of emphasizing the informal profile of supposed criminal organizations, preparing the battleground for shaping a new terrorist subject who no longer acts in group nor in a hierarchical manner, but rather alone through informal grouping and without hierarchies. In this way, the simple fact of being organized outside the boundaries of political groups' classic structures becomes target of criminalization, this captures the intention of breaking up anarchist groups in a specific manner. Notably, Bermudez, the judge hearing the Pandora case, is one of the main promoters of the concept "low-intensity terrorism" which encompasses the participation in demonstrations that could – in his own words – terrorise citizens in their peaceful coexistence, this discourse



³ Grupos Anarquistas Coordinados – Federacion Anarquista Informal / Frente Revolucionario Internacional -Coordinated Anarchist Groups – Informal Anarchist Federation / International Revolutionary Front-. GAC: It is unclear whether they are a police invention or they actually exist. They were supposed to be active between 2012 and 2015. Many actions whose authorship has never been reclaimed by them are attributed to GAC. There is a book signed by them (Contra la Democracia -Against Democracy-), the fact of possessing this book has been used as criminal evidence. FAI-FRI: The signature under which groups & individuals that support the insurrectionist praxis gather. It initially appeared as FAI in 2003, in Italy, claiming responsibility for a bomb-package delivered to the European Commission's president. Since then, unstructured groups from all around the world which are not connected, unite under the acronym when claiming their actions. The particle FRI was then added because of its international profile, largely promoted from the internet.

reflects the re-routing being experienced by the legislation in the matter. From the change of anti-terrorist paradigm is deduced that, for someone to be considered terrorist, both political and criminal records are required, but not a criminal record in practice, potential criminality suffices: this is the very fact of associating under certain ideology while the group together bets on certain praxis. To be continued...

uma



Un siècle après sa naissance en pleine guerre mondiale, le mouvement dada dégage toujours ce parfum de liberté des débuts. Il attire un public qui dépasse largement les cercles académiques, il marque aujourd'hui encore la culture alternative populaire et fait parler de lui aussi bien dans le magazine de rue *Surprise* que dans les colonnes les plus bourgeoises, même si ces dernières en retiennent surtout les aspects anecdotiques et oublient que ce mouvement a inspiré de nombreux artistes fuyant la guerre et rejetant la fossilisation de l'art. Dada sera fêté pendant toute l'année 2016 : parcours thématiques, expositions à Zurich et à Berne...

Et malgré la récupération qu'on présente déjà (il s'agit aussi de vendre une offre touristique), les commémorations restent dans l'esprit du dadaïsme : ainsi, les discours officiels lors du vernissage de l'exposition à la Bibliothèque nationale suisse (BNS) s'efforçaient de garder l'esprit de créativité ouverte et ludique.

La contradiction avec la nouvelle politique de la BNS en matière de communication est d'autant plus frappante. Désormais, les internautes qui veulent utiliser leur ordinateur dans les salles de lecture ne peuvent plus le faire sans devoir s'enregistrer avec leur numéro de téléphone portable. Une mesure d'hypercontrôle déclenchée par l'Office fédéral des télécommunications (OFIT) suite aux attentats de Bruxelles.

Les lois sécuritaires, un leurre

Le lien entre des attentats terroristes dans des pays voisins et l'espionnage des gens dans une bibliothèque en Suisse ne saute pas aux yeux. Donc soit l'État est incroyablement naïf de penser qu'il va empêcher des attentats par cette mesure, soit il nous prend pour des imbéciles et ces attentats sont un prétexte pour élargir comme jamais auparavant le champ de la surveillance. Et ce, alors même que la loi sur le renseignement (LRens) n'est pas entrée en vigueur, vu qu'un référendum a été lancé contre cette loi fouineuse : l'Alliance contre l'État fouineur rappelle le risque majeur que

représente la surveillance systématique et généralisée d'organes qui, eux, ne sont surveillés par personne. Cela ouvre la voie à tous les débordements possibles. Ailleurs, de telles lois ont été votées dans un premier temps pour ne pas durer, histoire de rassurer la population (lois dites d'exception aux États-Unis après le 11 septembre 2001, en Italie pendant les années de plomb...), pour se transformer rapidement en lois permanentes et donner lieu à des actes allant jusqu'à la torture, les assassinats (étatiques) ou les emprisonnements abusifs. Dès qu'il y a un attentat quelque part, la première décision des États est de renforcer la surveillance sur la population au nom de cette prétendue sécurité que, bizarrement, on ne voit toujours pas venir. Rappelons que la France accumule les lois antiterroristes depuis 1986, ce

enfants blessés dans ces interventions, des gardes à vue et autres violences étatiques commises sans preuve... Le tout, pour une seule mise en examen même pas suivie d'une enquête judiciaire, ce qui signifie que le juge d'instruction n'avait pas de quoi enquêter davantage et récolter des éléments pour un jugement pénal. En langage profane : un dossier vide.

Des personnes faisant de la désobéissance civile ont été prises pour cible par la police sous le couvert de cette législation d'exception - pour exemple, les cas d'assignations à résidence d'écologistes pendant la COP21. Comme s'il y avait un rapport entre un barbu qui débarque dans une salle de concerts pour tirer dans le tas et des personnes qui revendiquent un monde digne et solidaire !

Ici en Suisse, des membres du person-



qui n'a pourtant pas mis sa population à l'abri des attentats. Par contre, de larges pans de la société sont davantage exposés aux violations de leur sécurité personnelle par les organes policiers.

Notre sécurité, parlons-en

Cela se vérifie encore aujourd'hui. Le Monde diplomatique de janvier 2016 (« Vers un état d'exception permanent ») dresse un bilan effarant : entre novembre et décembre 2015, des centaines de personnes ont vu leur appartement saccagé par la police, des

nel de l'aéroport de Genève-Cointrin ont vu du jour au lendemain, sans explication ni préavis, leur accès à leur lieu de travail bloqué : plus de travail, plus de salaire, tout cela uniquement en raison de leur appartenance religieuse.

Doute-t-on encore que ces lois sont des dangers pour notre sécurité ou notre survie ? L'État policier, c'est le contraire de la sécurité. Mais consolons-nous, il y aura toujours des mouvements artistiques subversifs sur la planète.

nar

Warum?

Warum muss ich arbeiten,
den ganzen Tag?
Zu müde um in der Freizeit
das Leben zu genießen
Und mit der Aussicht dann
wenn ich alt geworden bin
mit noch weniger Geld
auf den Tod zu warten?
Warum stelle ich Dinge her
Die keiner braucht?
Könnten nicht all die Ameisen
mit mir zusammen
Uns befreien?
Wir liegen doch nicht in Ketten
sondern lähmen uns
jeden Tag, mit unserer Angst.
Und einige wenige
Leben ohne Arbeit,
sie leben von unserer Angst.
Kraftlos in ihren Villen, die Arbeiterarme gebaut
Denen ein Arbeiterarm den Schädel splatten könnte, mit einem Schlag
Wenn nicht andere Arbeiterarme sie beschützen würden.
Die lachenden Dritten
Die doch nichts anderes sind
Als Hämorrhiden.
Schmerzhaft und unnützlich
Mit Nachsicht.

- Harald Stubbe

Telefon

In jeder Bank oder Fabrik
Gibt es eine Kantine.
Wenn du dort arbeitest
Und der Chef dich nervt
Bitte doch einen Freund
Dort anzurufen
Und 100 belegte Brötchen zu
Bestellen
Unter falschem Namen
Für irgend eine Abteilung

- Harald Stubbe

Der Wecker klingelt

Ricke racke
Zicke Zacke
Jeden Tag
die gleiche
Kacke

- Harald Stubbe

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterrInnen Union in der Schweiz



Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten 1
Sprengprogramme um Sprengprogramme, Proteste um Proteste...
Arbeitslosigkeit und Polizeistaat 5
Die Polizei wird bei Arbeitslosigkeit...
Der Kampf um die Kontrolle 6
Die Kontrolle über die Kontrolle...
Die Kontrolle über die Kontrolle 7
Die Kontrolle über die Kontrolle...
Die Kontrolle über die Kontrolle 8
Die Kontrolle über die Kontrolle...
Die Kontrolle über die Kontrolle 9
Die Kontrolle über die Kontrolle...
Die Kontrolle über die Kontrolle 10
Die Kontrolle über die Kontrolle...
Die Kontrolle über die Kontrolle 11
Die Kontrolle über die Kontrolle...

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben **DA-Printausgabe wurde eingestellt!**)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort: E-Mail:

Einsenden an:
FAU Bern
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Homosexualität am Arbeitsplatz

Recht auf Homosexualität

Es besteht ein sogenanntes Grundrecht der persönlichen Freiheit. Homosexualität fällt seit einem Bundesgerichtsentscheid von 1992 auch darunter. Auf dieses Recht kannst du dich auch beziehen, wenn du unter 18 Jahre alt bist.

Antidiskriminierung

In der Schweiz gibt es nur in wenigen Kantonen (AR, BE) Bestimmungen, welche Diskriminierung aufgrund seiner/ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verbieten. Diese sind auch einklagbar. Andere Bestimmungen sind nicht direkt einklagbar.

Einstellung

Homosexualität ist bei vielen Firmen immer noch ein Einstellungshindernis: Bei der Stellensuche ist es wegen dem fehlenden Schutz nicht ratsam, der/dem künftigen Arbeitgeber_in deine Orientierung offen zu kommunizieren. Falls er dich fragt, ob du schwul/lesbisch/bisexuell bist, könntest du die Antwort verweigern, wirst dann aber oft nicht eingestellt. Gebrauche lieber dein Notwehrrecht und gib eine falsche Antwort, falls du überhaupt noch an der Stelle interessiert bist.

Coming-Out im Betrieb

Einer Umfrage von LOS, Network und Pink Cross bei ihren Mitgliedern zeigte, dass 60 bis 70% der Mitarbeitenden und Vorgesetzten wissen, dass jemand schwul/lesbisch/bisexuell ist. Es gibt aber keine Pflicht, dass du das in einem Betrieb öffentlich machen musst. Falls du ein Coming-Out in deinem Betrieb willst, aber nicht weisst wie, wendest du dich am besten an eine Beratungsstelle.

Selbst wenn die Arbeitgeber_in später von deiner Homosexualität erfährt, ist eine

Kündigung durch den/die Arbeitgeber_in missbräuchlich – ausser es handelt sich um einen sogenannten Richtungsbetrieb, also eine Firma, die eine klare Weltanschauung vertreten muss, mit der sich Homosexualität nicht vereinbaren lässt (z.B. Religionsgemeinschaften).

Entlassung

Homosexualität ist kein Entlassungsgrund. Auch dann nicht, wenn angeblich deswegen der sogenannte Betriebsfrieden gestört wird. Entlassen werden dürfen oder müssen aufgrund der Fürsorgepflicht der Arbeitgeber_innen vielmehr diejenigen Personen, welche schwule Mitarbeiter_innen nicht akzeptieren können. Erhältst du eine Kündigung, verlange eine schriftliche Begründung und wende dich an eine_n Vertrauensanwält_in. Wird Homosexualität als Entlassungsgrund genannt, ist die Kündigung missbräuchlich. Das Gesetz sieht aber – mit einer Ausnahme – nicht vor, dass du auf Wiedereinstellung klagen kannst, stattdessen kannst du auf Entschädigung klagen (theoretisch bis sechs Monatslöhne; in der Deutschschweiz in der Praxis bis höchstens drei). Die einzige Ausnahme sind Verstösse gegen das Gleichstellungsgesetz.

Homophobie

Homophobe Gewalt, Beschimpfung, Ehrverletzung oder Tätlichkeit gegenüber Homosexuellen ist genauso strafbar wie gegenüber Heteros. Wie man Strafanzeigen macht, ohne auf dem Polizeiposten abgewimmelt zu werden, erfährst du bei einem/einer Vertrauensanwält_in. Kontakte erhältst du auf den Beratungsstellen.

Einige Beratungsstellen

Homosexuelle Arbeitsgruppen Bern
Pink Rail
Lesbenorganisation Schweiz

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 500
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch